

Aus dem Bundeshaus

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

satzbereit ist. Sie ist nicht einsatzbereit, weil sie die auf dem Papier im Organigramm ausgewiesenen Grossverbände und Verbände mangels Ausrüstung und Ausbildung nicht zur gleichen Zeit einsetzen kann.

Waren politische Absicht und militärische Fähigkeiten in der Zeit des Kalten Krieges noch im Einklang, weil die politische Absicht mit militärischen Fähigkeiten unterfüttert war, so sind die heutigen politischen Phrasen, gerade auch die nach mehr Verantwortung, hohl, weil die Mittel zur Umsetzung fehlen. Die Krim-Krise hat deutlich gezeigt, welcher Stellenwert uns sowohl als Nation, als auch als EU zugemessen wird.

Beurteilung des Potenzials der Bundeswehr

Die Absenkung der konventionellen Fähigkeiten auf breiter Front führt aber gleichzeitig auch zu einer Absenkung der atomaren Schwelle³. Dieser Zusammenhang scheint der Politik nicht klar zu sein. Da aber der Einsatz von Atomwaffen wegen der gegenseitigen gesicherten Vernichtungsmöglichkeit nach wie vor als unwahrscheinlich gilt, ist der konventionelle Handlungsspielraum für einen entsprechend gerüsteten Gegner grösser, zumal wenn er das breite Spektrum hybrider Kriegsführung nutzt.⁴

Deutschland ist aufgrund der dargestellten Defizite weit davon entfernt, als militärisches Gewicht wahrgenommen zu werden. Äussert sich das innerhalb der NATO bestenfalls in Verständnis, oder, für Soldaten weniger erträglich, in verständnisvollem Mitleid, so zeigt das Verhalten Russlands deutlich, wie unser militärisches Potential dort beurteilt wird. Militärische Zurückhaltung steht als politische Linie unserem Land sicher gut an. Daraus aber einen Raubbau an den militärischen Fähigkeiten abzuleiten, führt zu einem Verlust an Glaubwürdigkeit und Stellenwert im eigenen Bündnis und bei einem möglichen Gegner.

Die Eigenblendung in Deutschland bestand und besteht immer noch in der Annahme, das Zusammenstellen von Kontingenten für Einsätze in einem eher bescheidenen Umfang oder Ausbildungshilfe seien das Mass an Einsatzbereitschaft, welches ausreicht.

Selbst das Zusammenstellen von Kontingenten ist aber nur unter erheblichen Problemen möglich, wie beispielsweise das Zusammenstellen des Panzergrenadier-

bataillons für die Speerspitze der NATO zeigt, das Gerät nahezu aus dem gesamten Rest des Heeres ausleihen musste.⁵

Deutschland hat sich militärisch selber abgeschafft, oder besser gesagt, die deutsche Politik hat sich ihres ungeliebten militärischen Instruments entledigt.

Soll der Stellenwert und die internationale Anerkennung auf dem Feld militärischer Zusammenarbeit wieder gewonnen werden, so ist ein anderer militärischer Beitrag zu politischer Solidität und zur Solidarität im Bündnis erforderlich. Sicher sind auch Logistik und Sanitätsdienst für militärische Operationen unabdingbar wichtig, aber sie bestimmen nicht den Stellenwert. Dieser ergibt sich aus dem politischen Willen, der Bereitschaft und der glaubwürdigen Fähigkeit, im äussersten Fall die westlichen Werte im Kampf zu verteidigen.

Fazit

Die politischen Absichtserklärungen zu Verbesserungen hat man vernommen, wenn auch nicht aus dem Kanzleramt, wohl auch deshalb, weil der derzeitige Stand der dort vorhandenen Absicht entspricht. Den verbalen Bekundungen politischen Hilfspersonals sollten jetzt sichtbare Taten folgen. Diese Nachhaltigkeit wird man mit Interesse beobachten müssen. Bis dahin bleibt es dabei, dass die Kluft zwischen Schein und Sein zum Nachteil der Bundeswehr und ihrer engagierten und motivierten Soldaten bestehen bleibt.

Zu hoffen ist, dass der NATO-Gipfel in Wales auch das Umdenken in Deutschland beschleunigt. ■

- 1 Koalitionsvertrag 2009, S. 123 f.
- 2 Vgl. Prof. Christian Hacke «Zivilmacht ohne Zivilcourage», in BPB, APUZ, 39/2011, 21.09.2011.
- 3 Vgl. Rainer Waterkamp, Sicherheitspolitik zwischen Rüstung und Abrüstung, Opladen 1985, S. 115 f.
- 4 Vgl. Helmut Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, 4. Auflage, Stuttgart-Degerloch 1969, S. 73.
- 5 Vgl. T. Wiegold in «Augen geradeaus» vom 10.03.2015 einschl. der Kommentare.



Brigadegeneral a D
Wolfgang Kopp
D-72488 Sigmaringen

Aus dem Bundeshaus

Die Sicherheitspolitischen Kommissionen (SiK) tagten im Vorfeld der Frühjahrsession 2016 sowie erstmals in der 50. Legislatur und in ihrer neuen Zusammensetzung.



Die SiK Nationalrat (NR) gibt der Ständesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Verstärkung des Grenzwachtkorps Folge (GWK; 15.301) und empfiehlt der vorprüfenden Finanzkommission NR dasselbe für eine fast gleichlautende Ständesinitiative des Kantons Basel-Stadt (15.311). Sie beauftragt den Bundesrat mittels Postulat, «den Auftrag und den zu dessen Erfüllung notwendigen Bestand des GWK» angesichts der sich rasch verändernden Lage an der Grenze zu prüfen und bis Ende Mai Bericht zu erstatten unter Einbezug der Armee zur Unterstützung des GWK im Assistenzdienst (16.3005). Die SiK-NR lehnt die Parlamentarische Initiative «Stärkung der Sicherheit – Wiedereinführung und Verstärkung der Grenzkontrollen» zur Ergänzung der Bundesverfassung ab: «Die Schweiz kontrolliert ihre Grenzen eigenständig und systematisch.» (15.443).

Die SiK Ständerat (SR) schliesst sich den Entscheiden des NR in der Wintersession 2015 an. Erstens bei der Änderung des Militärgesetzes (SR 510.10): sechs anstatt fünf Wiederholungskurse der Mannschaft (14.069-1). Zweitens beim «Bundesbeschluss zum Zahlungsrahmen der Armee 2017–2020» (14.069-6), wonach 20 Milliarden Franken bewilligt werden, und das VBS «während der Budgetierung Umschichtungen zwischen den eigenen Krediten vornehmen kann». Drittens die «Zusätzliche Beschaffung von Rüstungsmaterial 2015» von 874 Millionen Franken einschliesslich des Leichten geländegängigen Lastwagens «Duro I» (15.017; «Rüstungsprogramm 2015»). Folgte der Ständerat seiner SiK und damit dem NR, so könnte die sechsteilige Vorlage «Weiterentwicklung der Armee – Änderung der Rechtsgrundlagen» (14.069) am 18. März 2016 mittels Schlussabstimmungen parlamentarisch verabschiedet werden.

Oberst a D Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE